



'Düngerecht darf kein Instrument der Strukturpolitik werden'

"Düngerecht darf kein Instrument der Strukturpolitik werden"

Rukwied: Bedarfsgerechte Düngung und Gewässerschutz müssen im Vordergrund stehen
"Beim Düngerecht muss es um Gewässerschutz, die Umsetzung der Nitratrichtlinie und um eine bedarfsgerechte Nährstoffversorgung der Nutzpflanzen gehen. Die anstehende Novelle der Düngeverordnung darf nicht als strukturpolitisches Instrument zweckentfremdet werden. Die vorgesehene Länderöffnungsklausel und die Phosphatregelung lehnen die Landwirte daher ab." Diese Feststellung traf der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark und ging damit auf die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Neuregelung der Düngeverordnung ein.
Dem vorliegenden Verordnungsentwurf sei zwar zu bescheinigen, dass dem Prinzip der bedarfsgerechten Düngung im Grundsatz Rechnung getragen werde, so der Bauernpräsident. Dennoch bestehe in einigen Punkten dringender Nachbesserungsbedarf, so zum Beispiel bei den Ausbringungsfristen für Wirtschaftsdünger, der drohenden Beschränkung der Herbstdüngung und bei den vorgeschlagenen Dokumentationspflichten. Insbesondere die vorgesehene Beschränkung der Phosphatdüngung sei nicht durch die Nitratrichtlinie legitimiert, bringe kaum Mehrwert für den Gewässerschutz und setze insbesondere kleine und mittlere viehhaltende Betriebe unter Druck.
(Hinweis der Redaktion: Die Erklärung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes zum Düngerecht vom Januar 2015 siehe Anlage)
Autor Deutscher Bauernverband
Copyright DBV

DBV-Pressestelle
Claire-Waldoff-Str. 7
10117 Berlin
Telefon 030-31904-239
e-mail presse@bauernverband.net
Homepage www.bauernverband.de

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.